

# Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Veranstaltung: Tagesblatt Riessa.  
General Nr. 20.

Amtsblatt

Hauptschredakteur: Leipzig 2100.  
Stroßstraße Riessa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riessa, sowie den Gemeinderat Gröbza.

Nr. 116.

Donnerstag, 22. Mai 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesfaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkassentisch 4.20 Mark, monatlich 1.40 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 42mm breite Grundchriftzeile (7 Zeilen) 25 Pf., Ortspreis 30 Pf.; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag herfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — In Folge höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riessa.

## Verkauf von Heeresgut.

Im Auftrag des Reichsverwertungsamtes, Landesstelle Sachsen, soll im Lager Manenreithaus Reitzsig, Heerstraße, im Angebotsverfahren veräußert werden:  
Ein großer Vollen neue und gebrauchte Emaille-, Zink- und gußeiserne Kessel und transportable Kesselböden. Ein großer Vollen ausgemauerte Kesselböden mit Emaillekegel. Eine Anzahl Dezimal- und Tafelwaagen, ein Vollen verschiedene Gewichte. Etwa 5000 Stück Rohrnissen, 200 Dampfboilerzentrale für Zentralheizungsanlagen geeignet. Ein großer Vollen Nähmaschinen, s. B. Messerplatten, Fingerplatten, Messerführungsplatten, Messerköpfe, Messerhalter, Kurbelhaugendelschläge, Nadeln und Messerführungsführungen.  
Ein Vollen Steckarten, ein Vollen verschiedene Werkzeuge, u. a. 7 neue Schraubstöcke.  
Die Gegenstände können am 22., 23. und 24. Mai 1919 von 9-12 Uhr vormittags besichtigt werden; Ausnahme zur Besichtigung werden im Geschäftsjahre des R. V. A. Leipzig-Gohlis, Bezirksr. 1, ausgestellt, wofür die Kaufangebotsformulare zu entnehmen sind.  
Angebote sind bis 28. Mai 1919 an unterzeichnete Stelle einzureichen; später eingehende Angebote bleiben unberücksichtigt. Kaufbedingungen sind im Kaufangebot ersichtlich.  
Reichsverwertungsamt Landesstelle Sachsen, 1410 DM 2  
Lagerverwaltung Leipzig, L-Gohlis, Bezirksr. 1. 5582

## Bekanntmachung.

**Kriegsteuerungsausschlag für die Bezirkschornsteinfegermeister.**  
Der Bezirksausschlag hat auf Antrag der Bezirkschornsteinfegermeister eine Erhöhung der Nebelöhne und der am 1. Mai 1918 bewilligten 20%igen Kriegsteuerungszulage um weitere 30%, als Kriegsteuerungsausschlag mit Wirkung vom 1. April 1919 ab bis auf weiteres bewilligt.  
Dieser Zuschlag gilt überall da, wo nicht im Wege besonderer Vereinbarung etwas anderes bestimmt worden ist oder noch bestimmt wird.  
Großenhain, am 21. Mai 1919.  
642 b C. Die Amtshauptmannschaft.  
Der Ausbruch der Mäuse ist festgestellt worden bei einem Pferde des Schantwirtes und Steinsegers  
Wilhelm Göllig in Wehltheuer.  
Großenhain, am 19. Mai 1919.  
1255 a F. Die Amtshauptmannschaft.  
Auf Blatt 152 des Handelsregisters, die Riessaer Straßenbahn-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft in Riessa betr., ist heute eingetragen worden: Emil Heidler ist nicht mehr Stellvertreter des Vorstandes.  
Amtsgericht Riessa, den 21. Mai 1919.

## Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen betr.

Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß nach unserer Bekanntmachung vom 18. November 1909 bei Vermeidung der Verletzung nach § 366, Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs  
1. Lastkraftfahrzeuge auf den öffentlichen Straßen und Plätzen nur „im Schritt“ fahren dürfen,  
2. der Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen, deren Führer keine Gummibereifung besitzen, auf den Straßen und Plätzen der Stadt Riessa gänzlich verboten ist.  
Im Hinblick auf die zur Zeit bestehende Schwierigkeit, Gummibereifung zu beschaffen, soll widerruflich bis auf Weiteres von der Durchführung des Verbotes unter 2. abgesehen werden. Seine strenge Durchführung wird jedoch sofort unabweislich durchgeführt werden, wenn weiter Lastkraftfahrzeuge in so rücksichtsloser Weise unter Ueberschreitung der zugelassenen Geschwindigkeit in der Stadt verkehren, wie es jetzt vielfach geschieht.  
Ueberdies werden wir die Führer von Lastkraftfahrzeugen zum Erlaße

## Derthliches und Sächsisches.

Riessa, den 22. Mai 1919.

— Protestkundgebung. Die demokratische Partei in Riessa veranstaltete gestern abend im „Stern“ eine Protestkundgebung gegen einen Gewaltfrieden, zu der sich etwa 800 bis 1000 Personen einfinden konnten. Als Redner trat Herr Geheimrat Prof. Dr. Walter Goeb, Leipzig, gewonnen worden, der ausführte, daß bereits die Waffenstillstandsbedingungen gezeigt hätten, was die Gegner mit uns vorhalten, daß sie das deutsche Volk bei dieser Gelegenheit möglichst für alle Zeit beiseite schieben wollten. Damals habe man sich gelast, die Waffenstillstandsbedingungen sind hart, der Friede wird verhältnismäßig sein. Wir hätten den Waffenstillstand abzuschließen unter allgemeiner Anerkennung der 14 Punkte Wilsons. Eine gewisse Wehrbarkeit dieser 14 Punkte sei da und da vorhanden, aber als Programm stellten sie fest, es solle keinem Volke nach diesem Kriege ein schweres Anrecht angetan, es solle ein Frieden geschlossen werden, der fürwahr auf die Dauer bestehen könne, ein Frieden, der den Geschädigten Ersatz bringe, aber auch dem Besiegten nicht unerträgliche Lasten auferlege oder ihn mit dem Sieger gegen den Sieger erfüllen sollte. Entweder sei Wilson von seinen Bundesgenossen betrogen worden, oder er selbst sei der größte Betrüger der Weltgeschichte. Jedenfalls habe er sich zum Schluß untergeordnet und sei deshalb für uns nicht mehr der eheliche Vorkämpfer des Friedens. Der Friedensvertrag sei nichts anderes als der raffinierte Versuch, Deutschland aus der Gesellschaft der europäischen Völker nach Möglichkeit auszuschließen als politische Macht, als wirtschaftliche Macht und demzufolge auch als Kulturmacht. Neutrale Sozialisten hätten während des Krieges aus ihrer Sympathie für Frankreich, England und Amerika kein Hehl gemacht, heute erklärten sie, die Entente treibe die brutale Realpolitik, die man uns vorgeworfen habe. Wenn heute selbst die Freunde der Entente die Dinge mit anderen Augen betrachten, dann ergebe sich, daß vielleicht doch die Entente den Krieg von Anfang an gewollt habe. Wir hätten sicherlich ein Teil der Schuld. Unsere Diplomatie und unsere Reichsregierung seien den Schwierigkeiten nicht gewachsen gewesen. Sie hätten die Gefahr nicht erkannt, in der wir schwebten, nachdem wir uns gegen ein Bündnis mit England entschieden hätten, das uns um die Jahrhundertwende angetragen wurde. Aber möge auch Deutschland eine unendlich ungeheure Politik getrieben haben, man könne doch nicht sagen, daß die deutsche Regierung und der deutsche Kaiser diesen Krieg gewollt hätten. In diesen Abgrund seien wir gelangt, weil es keine Weisung mehr gegeben hätte. Unser Vorschlag, in eine Prüfung der Schuldfrage einzutreten, sei von den Gegnern zurückgewiesen wor-

den. Auch darin komme das böse Gewissen der Entente zum Vorschein. Heute schon seien die Gegner zum Teil bloßgestellt. Wir hätten uns bereit erklärt, die Schuld gegen Belgien zu sühnen. Dinstaglich Nordfrankreich könne höchstens von einer Entschädigung gesprochen werden, von einer Entschädigung, die gegen das Völkerrecht. Aber wir sollten nicht nur schuld am Kriege sein, sondern alle Verstärkungen seien auch unsere Schuld und dafür sollten wir bestraft werden, wir sollten alles erlegen. Der Frieden solle eine Strafe für Deutschland sein, und zwar eine solche, die uns für immer ruinere. Frankreich wolle unsere Vernichtung. Nicht so weit gehe England, das aber darnach trachte, den wirtschaftlichen Kontinent aus der Welt zu schaffen. Gebietsverluste mit fünf Millionen Deutschen wolle man vom Reichsboden abtrennen. Glas-Vorkriegs, dessen Bevölkerung zu 11% französisch, zu 99% deutsch sei, nehme Frankreich ohne Volksabstimmung in Anspruch. Die Hand auf das Saar-gebiet zu legen und noch vom Selbstbestimmungsrecht zu reden, das sei die größte Deutheit, die man sich denken könne. Weder schiederte weiter den beabsichtigten Gebietsraub in Oberschlesien, dessen Kohlenboden und jährlich 340 Millionen Mark Einnahmen gebracht haben, ferner in Polen, in Westpreußen, die für unsere landwirtschaftliche Versorgung von großem Werte sind, und ferner zeichnete die für einzelne Orte zugelassenen Abstimmungen als einen Teil jener großen Deutheit, mit der die Bestimmungen des Friedensvertrages gegeben seien. Die Wegnahme des Gebietes um Schleswig stelle eine rohe Vergewaltigung dar. Die Kolonien sollten Deutschland genommen werden, weil es nicht kolonisieren könne. Weder zeigte an Weidmann, daß die Gegner nicht besser seien wie wir, und daß ihre Begründung auch hier auf Deutheit hinauslaufe. Unser Handel solle auch für die Zukunft ausgeschlossen, Deutschland aus der Reihe der kontinentalen Nationen ausgeschaltet werden. Die geforderte Viehhahngabe zeige, daß man selbst unsere Ernährung ruinieren wolle. Der Vertrag enthalte sogar eine Bestimmung, welche verlange, daß Deutschland sich jetzt schon verpflichte, von der Entente später etwa noch aufzustellende Forderungen ebenfalls noch anzunehmen. Weder zeigte, in welche Gefahr durch diese Bestimmung u. a. unsere Rheinprovinz kommen könne, und er wies ferner nach, daß die Rheinprovinz unbedingt als Ganzes bei uns bleiben müsse, wenn anders dort nicht ein Schritt durch das wirtschaftliche Leben gehen solle, der für lange Jahre eine Wunde bleiben werde. Weder streifte noch die beabsichtigte Internationalisierung der deutschen Flüsse und des Rieker Kanals und kam sodann auf den Völkerbund zu sprechen. Es möge eine große Ungleichgültigkeit gewesen sein, daß wir vor dem Kriege diesem Gedanken so wenig Beachtung

geschenkt hätten, aber den Vorwurf, den Krieg gewollt zu haben, könne man uns deshalb nicht machen. Große Nationen in Deutschland, so vor allem die Arbeiterklasse, seien übrigens schon vor dem Kriege für diesen Gedanken eingetreten. Heute hätten sich auch noch viele andere ehrlich auf diesen Vorden gestellt. Was uns jetzt aber vorgelegt werde, sei ein Bündnis unserer Feinde gegen uns. Wenn Wenig dünne es uns verdienen, wenn wir vom tiefsten Mißtrauen erfüllt seien. Nicht nur Deutschland werde durch diesen Frieden auf Jahrzehnte zu leiden haben, sondern die ganze Welt werde nicht zur Ruhe kommen bei einem solchen Gewaltfrieden. Der schwedische Sozialist Branding habe gesagt, der Friede von Brest-Litowsk sei ein Kinderpiel gewesen gegenüber dem Gewaltfrieden, den man uns zumute. Hunderttausende würden aus Deutschland abwandern müssen, weil sie hier kein Brot fänden. Aufgabe der Arbeiterklasse müsse gegen diesen Frieden aufstehen. Die Weltrevolution habe man noch nicht kommen lassen, aber Tatsachen seien Arbeitslosigkeit und Hunger. Der diesen Frieden abschließen, der schärfste neue Krieg. Es würde die falsche Taktik sein, den Frieden schwermütig hinzunehmen und zu sagen, Gewalt geht vor Recht. In ganz Deutschland müsse protestiert, der ganzen Welt verständlich werden, nein, wir unterzeichnen diesen Frieden nicht. Erst wenn die Feinde uns das Weiter an die Kehle legten, wenn man uns zur Annahme der Bedingungen zwingt, dann erst wollen wir der Welt erklären, daß wir der Gewalt weichen und den Vertrag annehmen müßten. Ruiniert würden wir durch diesen Frieden sowieso, möge es also kommen wie es wolle. Wenn wir fest bleiben, würden unsere Feinde doch nachgeben. Es gelte die Probe, wer recht behalte, der, welcher sich wehre, oder der, welcher sich bücke. Das deutsche Volk solle trotz allem nicht verzweifeln. Zwingt man uns den Frieden auf, das Unrecht werde uns so rasch zum Verbrechen führen. Wir wollten einzig bleiben und arbeiten, bis Deutschland wieder aufstehet. Den Ausführungen folgte starker Beifall. Nachdem ein Unteroffizier die Zustimmung von 600 aktiven Unteroffizieren zu der Protestkundgebung überbracht hatte, nahm die Versammlung einstimmig nachstehende, vom Versammlungsleiter, Herrn Direktor Kober verlesene Entschließung an:

„An das Auswärtige Amt, Berlin. Einmütig erheben auf Einladung der Demokratischen Partei in Riessa ohne Rücksicht auf den Parteihandpunkt verammelte Einwohner von Riessa. schärfsten Einspruch gegen die Absicht unserer Feinde, Deutschland zur Unterzeichnung eines Friedens zu zwingen, welcher das deutsche Volk von seiner durch fleißige Arbeit errungenen Kulturstufe herabstufen und zum Lohnlosen seiner nachrichtigen Feinde verurteilen würde. Die Versammelten stellen sich

des durch verbotswidriges Fahren an Schleusenabdeckungen und dergl. entstehenden Schadens veranlassen.  
Riessa, den 22. Mai 1919.

Der Rat der Stadt Riessa:

## Durchsicht der Einhuferbestände auf Seuchen.

Bezugnehmend auf die von uns gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft Großenhain in Nr. 113 des Riesfaer Tagesblattes vom 19. Mai 1919 erlassene Bekanntmachung, Durchsicht der Einhuferbestände auf Seuchen betr., weisen wir hiermit nochmals mit dem Bemerken hin, daß die Durchsicht für den hiesigen Stadtbezirk am 24. und 25. Mai 1919 von früh 7 Uhr ab stattfindet.  
Die nähere Zeit, zu welcher die Tiere vorzuführen sind, ist von uns jedem Besitzer mitgeteilt worden.  
Der Rat der Stadt Riessa, am 22. Mai 1919.

## Auslandseierverteilung.

In den beiden Geschäften der Molkerei-Gesellschaft Riessa, e. G. m. b. H., Wettinerstraße 24 und Ode-Goethe- und Schloßstraße, gelangen Freitag, den 23. und Sonnabend, den 24. Mai 1919, nachmittags 2-6 Uhr Auslandseier an diejenigen zur Verteilung, die noch im Besitze von mit Rotstempel versehenen Vierkartenabstempeln auf die Zeit vom 21.-27. April 1919 sind und bei der letzten Verteilung Auslandseier nicht mehr erhalten konnten.  
Der Rat der Stadt Riessa, den 22. Mai 1919. Wm.

Wir geben hiermit bekannt, daß Herr  
Willy Jenker  
von uns als Hilfsbedient angestellt und in Wacht genommen worden ist.  
Der Rat der Stadt Riessa, den 22. Mai 1919. Sam.

## Haushaltungslisten zur Vorbereitung der Abgabe von ausländischem Mehl und Bäckfleisch.

Auf Grund der Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 17. Mai 1919 werden den hiesigen Haushaltungsvorständen heute Donnerstag, den 22. Mai 1919 Haushaltungslisten ausgeteilt. Diese Listen sind sofort gewissenhaft und vollständig auszufüllen. Von Freitag, den 23. Mai sind die Listen zur Abholung wieder bereitzuhalten. Diejenigen, die heute keine Haushaltungsliste erhalten, haben einen Vordruck im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, abzuholen und daselbst nach Ausfüllung wieder abzugeben.  
Gröbza (Elbe), am 22. Mai 1919. Der Gemeindevorstand.

## Haushaltungslisten.

Die ausgeteilten Haushaltungslisten zur Vorbereitung der Abgabe von ausländischem Mehl und Bäckfleisch sind bis spätestens 24. d. M. sachgemäß ausgefüllt im Gemeindeamt abzugeben. Haushaltungsvorstände, Untermieter oder Dienstboten u. d. d. d. eine Haushaltungsliste nicht ausgeteilt worden ist, haben sich sofort zwecks Entnahme einer Haushaltungsliste im Gemeindeamt zu melden.  
Weid a., am 21. Mai 1919. Der Gemeindevorstand.

Gemeinderatssitzung Sonnabend, 24. Mai 1919, abends 8 Uhr im Gasthof Walthers. Tagesordnung hängt aus.  
Weid a., am 22. Mai 1919. Der Gemeindevorstand.

## Gras-Verpachtung.

Am Sonntag, 25. Mai, von mittags 1 Uhr an wird im Gasthof zum Stern in Zeitzhain das Gras 1. und 2. Schnittes verpachtet.  
Zeitzhain, 22. Mai 1919. Der Gemeindevorstand.